

**Zeitzeichen**

# Selbstkritik und Selbstbehauptung als Bürgertugenden

## *Eine Verteidigung des Verfassungspatriotismus*

*Verfassungspatriotismus wird gerne als «blutleeres» Hirngespinnst abgetan, auch in Deutschland, dem Herkunftsland des Begriffs. Doch in Zeiten sich verstärkender religiöser und kultureller Konflikte gewinnt das Konzept – in ganz Europa – zunehmend an Konturen.*

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, fordert eine Debatte um «Leitkultur», möchte sich aber nicht mit einem «reinen Verfassungspatriotismus» für Einbürgerungswillige zufriedengeben; seine christlichdemokratische Parteifreundin Ursula von der Leyen, ihres Zeichens deutsche Familienministerin, schmiedet ein «Bündnis für Erziehung», in dem katholische und protestantische Kirchen zur «Wertevermittlung» in Dienst genommen werden, weil, so von der Leyen, das Grundgesetz ohnehin christlichen Werten entspringe – womit Verfassungspatriotismus, so könnte man folgern, also eine Art zivilreligiöser Schwundstufe christlich-abendländischer Zivilisation wäre.

### **Zu abstrakt? Zu westdeutsch?**

Andere Politiker hingegen setzen grosse Hoffnungen auf dieses vermeintlich «blutleere» Konzept. Mit «Verfassungspatriotismus» antwortet das Oberhaupt der bosnischen Muslime auf die Frage, wie man denn ein Land, in dem immer noch zutiefst verfeindete Ethnien leben, zusammenhalten könne; eine türkischstämmige SPD-Abgeordnete wiederum fordert ein verfassungspatriotisches «Wir-Gefühl», das die Unterscheidung zwischen Mehrheit und Minderheit in der Bundesrepublik aufheben soll.

Verfassungspatriotismus ist von jeher als offensichtlich zu «abstrakt» und als «blasser Seminargedanke» abgetan worden – um eine Formulierung Ernst-Wolfgang Böckenfördes aufzugreifen. Paradoxerweise gilt Verfassungspatriotismus aber auch als zu «partikularistisch», wie es im Jargon der Philosophen heisst: Skeptiker sehen ihn als eine Art historischer Kuriosität, welche allein im Rahmen der alten Bundesrepublik plausibel erschien und ein rein westdeutsches Lebensgefühl philosophisch überhöhte.

Eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Begriff fehlt bis heute – was umso bedauerlicher ist, als die derzeitigen deutschen «Identitätsdebatten» rasch ins Gefühliges abdriften, ganz wie in den achtziger Jahren die heute fast vergessenen Debatten um «nationale Identität». Dieser psychologisierende Diskurs, bei dem es immer primär darum geht, sich als Nation zu «finden» (wobei man sich aber offenbar auch «verlieren» kann), ist wenig hilfreich, wenn die eigentliche Frage lautet: Aufgrund welcher politischen Prinzipien und welcher konkreten staatlichen und bürgerlichen Praxis kann man sich zusammenfinden? Im gefühligen Reden über die Nation, die sich nun selber «anzunehmen» habe, feiert das Unpolitische fröhliche Urständ in Deutschland.

Bekanntlich hat der Philosoph Dolf Sternberger den Begriff Verfassungspatriotismus in den späten siebziger Jahren geprägt, Mitte der achtzi-

ger Jahre ist er dann von Jürgen Habermas übernommen worden. Dabei ging es weder Sternberger noch Habermas um einen Begriff von Patriotismus, der notwendigerweise in Gegensatz zu einer nationalen Kultur geraten müsste. Beide hatten bereits eine Antwort auf die Frage nach den kulturellen Voraussetzungen, welcher ein Verfassungspatriotismus bedarf. Sternberger, der «Lehrer des Common Sense», setzte auf eine neue Bürgerkultur, die sich durch einen den Deutschen in der Vergangenheit eher fremden «Staatsernst» auszeichnen sollte; Habermas wiederum wollte eine «postnationalistische Kultur», die sich ihrer selbst in der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit versicherte. Darüber hinaus verband Sternberger Verfassungspatriotismus mit dem Ideal einer «wehrhaften Demokratie» – Verfassungspatriotismus war auch eine Art individueller Verfassungsschutz, der sich auf die subjektiven Einstellungen der einzelnen Bürger stützen sollte.

Ebenso waren sich Sternberger und Habermas aber auch eines Einwandes bewusst, der, ganz abgesehen von dem Vorwurf mangelnder Emotionalität, immer wieder gegen Verfassungspatriotismus vorgebracht wurde und wird: dass nämlich die Werte einer Verfassung nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Land verbindlich machten. Verfassungspatrioten könnten genauso gut Amerikaner, Deutsche oder Australier sein – weswegen sich aus Verfassungspatriotismus auch kein Kriterium für den Umfang einer supranationalen Institution wie der Europäischen Union gewinnen lasse.

### **Realitätsnähe**

Dieser Einwand übersieht, dass sich auch universelle liberaldemokratische Werte weder von selber verstehen noch von selber interpretieren. Kein Verfassungsrichter würde je auf die Idee kommen, Debatten über den Inhalt der Verfassung seien überflüssig, da ihr Inhalt ja sowohl klar als auch in allen Demokratien identisch sei. Dass sich solche Diskussionen vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher geschichtlicher Erfahrungen abspielen, dass politische Kulturen auch weltöffener und für gegenseitiges Lernen bereiter werden – all dies zeigt, dass der Gegensatz abstrakte Verfassung hier und konkrete Nationalkultur da sich aus einer unrealistischen und letztlich auch unpolitischen Perspektive ergibt. Mit anderen Worten: Nicht die Fürsprecher eines Verfassungspatriotismus sind Prediger des Realitätsfernen, sondern die Advokaten eines konkreten «Nationalen», die doch nie auf die Frage zu antworten wissen, um was es sich denn konkret handele. Da kann es auch nicht überraschen, dass Lammert auf die Frage nach dem Inhalt der «Leitkultur» nur Verfassungswerte und die deutsche Sprache zu nennen weiss – von Goethe ist keine Rede.

Nimmt man die verfassungspatriotischen Visionen von Sternberger und Habermas zusammen, ergibt sich die Forderung nach einer bürgerlichen Haltung, welche sowohl die Fähigkeit zu geschichtsbezogener Selbstkritik als auch die Verteidigungsbereitschaft im Namen unverhan-

delbarer liberaldemokratischer Werte einschliesst. Wichtig ist, dass es hierbei um die verbindliche Selbstbeschreibung einer Gesellschaft geht – und nicht um eine Anleitung zum tagtäglichen politischen Handeln. Kein Gemeinwesen kann sich eine permanente Ambivalenz sich selbst gegenüber leisten, wie es manche Interpreten der Habermasschen Gedanken nahelegen – es bedarf auch dessen, was wiederum Sternberger «ermutigende Emphase» nannte. Andererseits ist der Staat der Gegenwart jedoch kein «Freundschaftsverband», wie der Aristoteles-Schüler Sternberger es sich wünschte. Wir sind Bürger und nicht Freunde; was die politische Ethik eines Verfassungspatriotismus vorgibt, ist: sich und anderen so klar wie möglich zu machen, was Bürgersein bedeutet, und dies mit einer Souveränität, welche vor Selbstkritik – und der Ermutigung anderer zur Selbstkritik – nicht zurückschreckt. Aber zu Freunden müssen Bürger nicht werden.

### **Europäische Perspektiven**

Derzeit erlebt Europa eine Konvergenz, was konkrete politische Massnahmen zur gesellschaftlichen Integration angeht. Doch wird dies von der offiziellen, historisch kolorierten Rhetorik konkurrierender nationaler «Modelle» – wie beispielsweise französischer Republikanismus gegen Multikulturalismus – eher verdeckt. So ist man sich zunehmend einig, dass Einwanderer und ihre Nachkommen einen Kanon von liberal-demokratischen Grundwerten akzeptieren und praktizieren müssen – was die Möglichkeit nicht ausschliesst, auch immer wieder neu um diese Werte zu streiten. Einig ist man sich darüber, dass sich diese Werte nicht auf das Öffentliche beschränken dürfen, dass es also keine privaten «Parallelgesellschaften» geben darf; dass die Anerkennung kultureller Verschiedenheit, sofern mit der Verfassung vereinbar, Integration fördern kann; dass sich Mehrheit und Minderheiten in der Tat auch als eine Gemeinschaft zur Verteidigung demokratischer Werte verstehen sollen; und schliesslich, dass eine selbstkritische Aneignung kollektiver Vergangenheit für Mehrheiten, aber auch für Minderheiten wünschenswert ist. Dieser Forderungskatalog aber lässt sich am besten mit einem Begriff fassen: Verfassungspatriotismus. Die eigentliche Zeit dieses Begriffs – und die Bewährungsprobe in der Praxis – ist nun gekommen.

*Jan-Werner Müller*

Der Autor lehrt politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Princeton.